



### „Außerordentliche Ereignisse“ in Petersburg.

Die Wiener „Kundschau“ meldet aus Genf: Nach dem „Tempo“ erregte die Aufforderung Rodjanos an alle Dama-nierliebhaber, die Stadt Petersburg nicht zu verlassen, da außerordentliche Ereignisse bevorstehen, großes Aufsehen.

Der Hauptbestimmtheiter der Artillerie-Vorbereitung in der General-Inspektion teilte mit, daß infolge gemeinsamer Umstände in der Munitionsherstellung eine Störung eingetreten sei.

### Die Meuterei in der russischen Ostseeflotte.

Dem „Samburschen Korrespondenten“ wird aus Stockholm berichtet: Erst jetzt werden einige Einzelheiten über die Vorgänge bekannt, die zum Aufstand der Ostseeflotten der Baltischen Flotte in Reval und der Admiral-Korvette in Riga zu veranlassen, da außerordentliche Ereignisse bevorstehen, großes Aufsehen.

### Meuterei an der russischen Front.

(2) Aus Petersburg wird gemeldet: Der Kommissar der 7. Armee hat dem Kriegsminister Kerenski mitgeteilt, daß das 43., 45. und 46. Regiment, die gemutert hätten, jetzt von der Front zurückgezogen sind. Das 47. Regiment, das ebenfalls dem Gehorsam verweigert hätte, soll auch zurückgezogen werden. Von den 13. Division haben das 50. und 52. Regiment dem Gehorsam verweigert und ihre Offiziere gefangen genommen. Der Kriegsminister hat nach Prüfung der Berichte die Auflösung der Regimenter 45, 46, 47 und 52 angeordnet und entschieden, daß alle Soldaten und Offiziere, die sich der Gehorsamsverweigerung schuldig gemacht haben, vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

### Umfangreiche Verkehrseinstellungen auf russischen Bahnen.

Der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg die Einstellung des gesamten Verkehrs auf 22 mit Namen angeführten russischen Hauptstreckensbahnen, darunter der Eisenbahnstrecke nach Moskau, Kiew und Wladiwostok.

### Von der Westfront.

#### Befehlsverweigerung zweier belgischer Regimenter

Nach Meldungen aus La Haye: Drei Regimenter sind unmittelbar vor Beginn der englischen Offensive im Westscheldt-gebiet erliche Zwischenfälle in der belgischen Armee. Zwei Regimenter des Belgierheeres waren dazu bestimmt, bei Weesen an dem Angriffe gegen die deutschen Linien teilzunehmen. In einem Tagesbefehle des belgischen Generalstabschefs Rouquon hieß es ausdrücklich, daß „die Soldaten an der Front mit Stolz auf ihre Kameraden bliden mögen, die unter dem Befehle des Generals Blumer den Weg nach Wehlharnern bahnen helfen“. Zwei Tage vor dem Angriffe enthielten, wie aus glaubwürdigen Quellen gemeldet wird, Streitigkeiten zwischen den belgischen und englischen Unterführern. Die belgischen Offiziere, vornehmlich flämischer Abstammung, begannen sich über die „amerikanische Lage“ zu beunruhigen und machten ihren unmittelbaren Vorgesetzten die heftigste Mitteilung, daß sie nicht als Speertruppe ins Schlachten der Deutschen geworfen werden möchten. Infolge dieser gedrückten Gemütsverfassung der Belgier mußte der Angriff, oder eigentlich die gewaltige Vortruppenangriff um 12 Stunden verschoben werden. Die beiden belgischen Regimenter wurden aus den vordersten Sturmstellungen genommen und durch Feen ersetzt. Der „schöne“ Gedanke, Feen und Belgier bei einer blutigen Angriffsoperation zusammenzuspannen, mißglückte der britischen Besatzung im letzten Augenblick. Die beiden Regimenter erkranken sich unter den übrigen Truppen einer besonderen Beliebtheit, weil man in der Betrachung, sich in ein vorrückendes Feuer werfen zu lassen, den Beweis voller Unabhängigkeit von englischen Befehlen erbringt; daß die englische Heeresleitung den Belgiern einen Überlag befehlen nicht, daß die Mannschaften absolut nicht. Sie wünschen, die Tommys mögen „die Spitze abbeissen“, da ja der Kampf im Kanalgebiete für England eine Lebensfrage bedeutet.

### „Waterland“ unter englischer Flagge.

Samburz, 28. Juni. Wie das „Journal of Commerce“ mitteilt, hat der im New Yorker Hafen befindliche 56 000 T. große Dampfer „Waterland“ der Hamburg-Amerika-Linie die englische Flagge erhalten.

### Englische Unterwasserflotte.

Die „Militärische Zeitschrift“ in Kopenhagen meldet: Es bedeutet mit großer Bestimmtheit, daß England Unterwasserflotte im Bau hat. Diese Flotte werden 130 Meter lang sein und 5000 Tonnen verdrängen. Sie werden ebenso stark armiert sein wie mittelgroße Kreuzer. Sie haben Maschinen von 18 000 H.P., die den Schiffen eine Geschwindigkeit über Wasser von 26 Knoten und unter Wasser von 16 Knoten geben sollen. Der Aktionsradius wird 15 000 bis 20 000 Seemeilen betragen. Man wird also eine Flotte von England nach Japan ausführen können, ohne unterwegs die Vorräte ergänzen zu müssen. Jeder U-Boote-Kreuzer wird 30 Torpedos aufzubringen haben. — Man werft den Einfluß Australiens.

### Die Minenverweigerung englischer Heßen.

„Daily Mail“ meldet: Die britische Regierung hat die Einstellung der Bekanntschaft der für den Handelsverkehr zu verwendenden englischen Häfen befohlen, um dem Feinde keine Anhaltspunkte mehr für das Vorhandensein einer Minenverweigerung zu bieten. Alle neutralen Schiffe sollen künftig durch die Schiffsverweigerung unmittelbar benachteiligt werden.

### Australisches Getreide, aber kein Fruchtbaum.

Der Londoner Berichterstatter des „Berner Bund“ berichtet, die britische Regierung bestrebt sich in der größten Verlegenheit, auf welche Weise sie es ermöglichen könne, die für England in Neu-Südwales lagernden 150 Millionen Bushels Getreide nach dem Heimatlande zu bringen. Der leitende Staatsmann in Neu-Südwales ist persönlich bei der britischen Regierung in London vorstellig geworden und hat erklärt, daß die für England bestimmten Getreidemengen, die einen Wert von 375 Millionen Schilling darstellten, Gesetze lauten, von den Feldmäulern aufgetrieben zu werden, wenn nicht sogleich Fahrzeuge zur Überführung nach England beschafft würden.

### Warum England keine Brotarmen einführt.

Wenn trotz der steigenden Ernährungschwierigkeiten England keine Brotarmen einführt, meint die „Vossische Ztg.“, so sei dies darauf zurückzuführen, daß die Regierung nicht wisse, mit welchen Vorzügen sie sicher rechnen könne.

### Amerika.

#### Ein amerikanisches Urteil über die Kriegslage.

(2) Ein sehr beachtliches Urteil über die militärische Lage Frankreichs und Englands gab nach einem Bericht der „New York Times“, den die „Continental Times“ mitteilt, der Richter Lucien Burpee von Connecticut in einer Sitzung des „Ausschusses der nationalen Verteidigung“ der Vereinigten Staaten. In Anwesenheit der von der Entente herübergeschickten Abgeordneten erklärte er: „Die Lage Frankreichs und Englands ist ernstlich gefährdet. Deutschland hält England in seiner Faust, und wenn diese Faust nicht gelockert werden kann, dann ist England gerade so wie Frankreich verloren. Wenn der Krieg auch durch die Hilfe Amerikas nicht gewonnen werden kann, dann werden die Vereinigten Staaten die ganzen Kosten des Krieges tragen müssen.“

#### Das amerikanische Heer.

London, 27. Juni. (Reuter-Meldung.) „Morning Post“ erfährt aus Washington, daß die reguläre amerikanische Armee jetzt 250 000 Mann zähle. Die Miliz zähle jetzt 260 000, das Marinekorps 30 000 und die Marine 120 000 Mann. Außerdem würden 40 000 Mann zu Offizieren ausgebildet und 11 Eisenbahngregate aufgestellt, was eine Gesamtzahl von 712 000 Mann gegenüber 327 000 Mann am 6. April ergebe.

#### Feindliche Kriegereklame.

Der Korrespondent der „Times“ in Washington meldet, daß der Präsident die Ernennung einer besonderen Kommission für die Dauer des Krieges in Erwägung zieht, der nicht nur die Verbreitung von Nachrichten, sondern auch die Abhaltung auffälliger Vorlesungen obliegt, um auf diese Weise verständlich zu machen, welche Lebensinteressen für die Vereinigten Staaten im Kriege auf dem Spiele stehen. Die Regierungskommission für die Verbreitung von Informationen gab ein Rot, Weiß und Blau heraus, wozu ausdrücklich die Gründe aufgeführt werden, warum das Land am Kriege teilnehmen muß. Es wird u. a. darin mitgeteilt, daß Wissen bereits im September der Überzeugung gewesen sei, daß ein Krieg unvermeidlich sei. (L. U.)

### Vermischte Kriegsnachrichten.

#### Esrad protestiert.

Bern, 27. Juni. Einer Meldung des „Secolo“ aus Salomnik zufolge habe Esrad an die Entente-Regierungen eine Protestnote gegen die italienische Proklamation der absoluten Unabhängigkeit gerichtet.

#### Japans wachsende Machtstellung.

Amsterdam, 28. Juni. Lord Cecil teilt Journalisten mit, daß Japan jede Einmischung in die russischen Verhältnisse ablehnt und in Wladivostok vorübergehend Ordnung hielt. Bei einer Ausdehnung der japanischen Anwesen in Japan Südchina begehnen, um die Interessen der Verbündeten zu beschützen.

#### Zur Kritik in Spanien.

WTB. Bern, 27. Juni. „Tempo“ meldet aus Barcelona, dort zeigt sich noch in derbelebten militärischen und bürgerlichen Kreisen die Neigung zu Geheimniskrämeri, welche der Regierung bei etlichen Verordnungen besonders schmerzhaft werden könnte. — Romanones richtete einen Brief an den Senatspräsidenten Goyard, in dem er auf die Führung der liberalen Partei verzichtet. — „Reit Barrios“ fügt hinzu: Zuverlässigen Nachrichten zufolge beabsichtigt Prieto, Alba und Villanueva ein Triumvirat zu bilden, welches die Wünsche der Partei ausdrücken sollte.

### Der Fall Hoffmann im Schweizer Nationalrat.

Bern, 27. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Vor erfüllten Tribünen begannen im Nationalrat heute die Verhandlungen über den sechsten und siebenten Neutralitätsbericht des Bundesrates, bei welchem Anlaß der Fall Grimm-Hoffmann zur Sprache kommt.

Nationalratspräsident Bühler eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er feststellte, daß die Angelegenheit Hoffmann in bester Ansehung der Schweiz erwidert worden und daß frei von fremdem Druck alles geschähe, was die Neutralitätspflicht von der Schweiz forderte, und daß niemand das Recht habe, mehr von ihr zu verlangen. Er mahnte zu ruhiger Besonnenheit und zu Verhandlungen in erst vaterländischem Geiste. (Beifall.)

Der Präsident des Neutralitäts-Ausschusses Spahn-Schaffhausen erstattete Bericht über politische Angelegenheiten, vorerst über die bekannten Verhandlungen mit Deutschland und mit den Verbänden über die Versorgung der Schweiz mit Rohstoffen und Lebensmitteln. Er erklärte namens des Ausschusses, daß Deutschland noch Maßgabe seiner Kräfte die Schweiz mit Rohstoffen und Eisen versorgt habe. In dem neuen Abkommen habe Deutschland es abgelehnt, einen bestimmten Pflichtteil zur Lieferung zu übernehmen, um sich nicht wie bei dem ersten Abkommen den un-

gerechten Vorwurf des Nichterhaltens einer Verpflichtung zuziehen. Obwohl die beiderseitigen Abkommen mit Deutschland und mit den Verbänden eine schwere wirtschaftliche Einmischung der Schweiz bedeuteten, müßten sie mit Rücksicht auf die Weltlage als befriedigend angesehen werden. Redner sprach ferner über das Verhältnis Amerikas zu der Schweiz und stellte fest, daß Amerika über den Lebensmittelschutz der Schweiz mit Deutschland die nötigen Verfügungen ergreifen habe, so daß jetzt und in Zukunft eine Verständigung mit Amerika und damit eine Sicherstellung des Landes mit den nötigen Lebensmitteln erzielt werden könne.

#### Redner kam jedoch auf

#### die Angelegenheit Hoffmann

zu sprechen, die im Parlament in aller Offenheit behandelt werden sollte. Redner gab eine Darstellung des bekannten Depeschwechsels zwischen Grimm und Hoffmann. Der Kommission hätten die Originals vorgelegen, sie könne deshalb feststellen, daß in den Briefumstellungen alles enthalten war und nichts verheimlicht wurde. Die Kommission stelle mit Genugtuung und Freude fest, daß der Zuspruch ohne jede Einmischung des Bundes erwidert und bis zur Stunde nicht der letzte Versuch einer Einmischung gemacht worden sei. Durch die sofortige Demission Hoffmanns und durch die Erklärung des Bundesrates betrachte offenbar auch das offizielle Ausland die Angelegenheit als erledigt. Auch die ausländische Presse stelle sich zum größten Teil auf diesen Boden, und wenn sie neuerdings da und dort nicht diese Auffassung vertrete, so geschähe das leider unter dem Einfluß eines Teiles der inländischen Presse. Trotzdem bleibe die Sache für das Ausland erledigt und eine nachträgliche Einmischung müßte die Schweiz sich föhlich aber bestimmt verbitten. (Beifall.) Der Redner erörterte den Inhalt der Depeschen Hoffmanns, der angeblich eine unfreundliche Handlung gegen die Entente bedeuten sollte.

Solche unfreundliche Handlung wäre nur dann vorhanden, wenn ein Versuch gemacht worden wäre, einen Sonderfrieden zwischen Deutschland und Rußland zu vermitteln und damit die Abgrenzung eines Verbündeten zu bewirken. Daß von einem Sonderfrieden nicht die Rede sein kann, geht aus dem Wortlaut des Telegramms Grimms sehr klar und bekannte Antwort Hoffmanns erfolgte, hervor. Das Telegramm lautet:

„Aisiro etrange borne! Herr Nationalrat Grimm, der sich gegenwärtig in Petersburg aufhält, bittet uns, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm folgenden Inhalts zu übermitteln: Ein Friedensbedürfnis ist allgemein vorhanden. Ein Friedensschluß ist in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht eine zwingende Notwendigkeit. Diese Erkenntnis ist an maßgebender Stelle vorhanden. Gemungen bereitet Frankreich und Hindernisse England. Die Verhandlungen schweben gegenwärtig und die Aussichten sind düster. In den nächsten Tagen ist ein neuer verstärkter Druck zu erwarten. Die einzig mögliche und gefährlichste Störung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterbleibt diese Störung, so wird eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Eine vom Arbeiterstab einberufene internationale Konferenz hat Teil der Friedenspolitik der neuen Regierung. Das Zustandekommen dieser Konferenz gilt als sicher, sofern die Regierung keine wesentlichen Schwierigkeiten machen will. Für den besten ihrer Beteiligung gewünscht. Unterdrücken Sie mich wenn möglich über die ihnen bekannten Kriegsspiele der Regierungen, da die Verhandlungen durch erledigt werden. Ich halte mich noch 10 Tage in Petersburg auf.“

Legation Suisse, Odier.

Aus diesem Telegramm, fuhr Redner fort, mußte Hoffmann die Überzeugung schöpfen, daß in Petersburg zwischen den Entente-mächten und Rußland Verhandlungen

schwebten über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens. In einen Sonderfrieden; zwischen Rußland und Deutschland konnte Hoffmann also gar nicht denken. In seiner Antwort hat Hoffmann dann auch ausdrücklich gesagt:

„Ich bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden.“

Aus dem bekannten Wortlaut der Depesche Hoffmanns geht dann auch mit aller Deutlichkeit hervor, daß er gar nicht an einen Sonderfrieden, sondern nur an einen allgemeinen Frieden dachte, für den er den psychologischen Augenblick wohl auch auf Grund des Telegramms Grimms als gekommen erachtete. Sein einziger Wunsch war, zum allgemeinen Frieden so viel wie möglich beizutragen. Eine unfreundliche Handlung gegen die Entente liegt somit auf keinem Fall vor,

und Hoffmann hat sicher nicht im entferntesten daran gedacht, daß sein Schritt als solche unfreundliche Handlung aufgefaßt werden könnte. Dagegen muß anerkannt werden, daß die Möglichkeit vorhanden war, daß der Schritt als eine unfreundliche Handlung ausgelegt werden könnte. Dies übersehen zu haben, bildet den Fehler Hoffmanns, da es auf die Wirkung ankommt. Festzustellen ist, daß die Mächte Hoffmanns reine waren, und mit Enttäufung müssen wir den Vorwurf zurückweisen, Hoffmann habe als deutscher Agent gehandelt. (Beifall.) Hoffmann war einzig geleitet von banger Sorge um die Zukunft des Vaterlandes, dem er ein ungewisses und trübes Schicksal, das für längerer Kriegsdauer seiner hart, erluppen wollte. Darum müssen wir alle Schweizer aufhorchen, sich vor übertriebenen falschen Schlüssen zu hüten, und es muß im Interesse des Landes Ruhe und Besonnenheit eintreten.

Der Bundesrat hat mit Zustimmung des Parlaments alle nötigen Vorkehrungen getroffen, um volles Licht in die Angelegenheit zu bringen, was Herr Hoffmann nicht im geringsten zu wünschen hat. Hoffmann hat durch seinen Rücktritt den Fehler begiut, daß einmal sein Herz über seinen Kopf Meister geworden ist. Unter

#### Hinweis auf den Fall Ritter

hat man in einem Teil des Auslandes und des Inlandes ein System feststellen wollen. Die Kommission kann auf Grund ihrer Kenntnis des Sachverhaltes die bestimmte Erklärung abgeben, daß Hoffmann im Falle Ritter durchaus keinen Auftrag erteilt und sich darauf beschränkt hat, die aus Washington stammenden Mitteilungen und ungekehrt die aus Berlin stammenden zu vermitteln. Der Redner mahnt